

Nr. 05/07 vom 14.06.2007

Erneuerbare Energien im Wärmemarkt

BERLIN.. Die Vorstellungen über die Ausgestaltung eines Wärmemarktes für Erneuerbare Energien sind derzeit noch kontrovers. Dies zeigte die Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien e.V. in der verschiedene Akteure ihre Positionen vorstellten.

In der Bundesregierung besteht Einigkeit darüber, den Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich zu forcieren. Bisher fördert der Staat den Klimaschutz in Gebäuden mit Hilfe von zinsverbilligten Darlehen der KfW für wärmedämmende Sanierungen von Gebäuden und einem Marktanreizprogramm (MAP) über 213 Millionen Euro für die Anschaffung von Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen. Wie die zukünftige Förderung aussehen soll, wird aktuell beraten. Im Gespräch sind bisher verschiedene Modelle: das Einsatzpflichtmodell, das Quotenmodell und das Bonusmodell.

Zurzeit erarbeitet das Bundesumweltministerium einen entsprechenden Gesetzesvorschlag. Die Überlegungen des Ministeriums zum Gesetz präsentierte Reinhard Kaiser, Unterabteilungsleiter Erneuerbare Energien. Er verdeutlichte, dass der Entwurf sich an der entsprechenden Regierungserklärung orientieren wird. Diese sieht eine rechtliche Absicherung und massive Aufstockung des Marktanreizprogramms zur Verstärkung der Förderung und Planungssicherheit vor. Außerdem soll es eine verbindliche Vorgabe der Nutzung erneuerbarer Energien bei Neubauten und der grundlegenden Sanierung von Altbauten geben. Kaiser verdeutlichte, dass der Entwurf letztendlich so ausgestaltet wird, dass seine politische Akzeptanz wahrscheinlich sei.

Prof. Dr.-Ing. Christian Küchen, Geschäftsführer des Instituts für wirtschaftliche Ölheizung hält einen separaten Ansatz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt im Sinne einer Entbürokratisierung nicht für erforderlich. Sinnvoll wäre seiner Meinung nach eine Zusammenlegung der Förderprogramme (CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Marktanreizprogramm). Anreize sollten von der Höhe der Einsparung an Primärenergie abhängig gemacht werden. Investitionszuschüsse oder die steuerliche Absetzbarkeit seien hierbei wirksamer als Zinsverbilligungen. Förderungen sollten verlässlich und degressiv gestaltet werden.

Martin Weyand, Geschäftsführer des Bundesverbandes der

deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, forderte u.a. Regelungen, die die Wettbewerbsneutralität der verschiedenen Energieträger gewährleisten und das Zusammenspiel der verschiedenen Maßnahmen beachten. Außerdem sei es wichtig, den Verbrauchern von vornherein zu verdeutlichen, dass eine Förderung der erneuerbaren Energien mehr Geld koste.

Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft sprach sich für ein regeneratives Wärmegegesetz aus, das u.a. verlässliche Investitionsbedingungen für Anlagenbetreiber und Produzenten bietet sowie eine Anreizwirkung auf alle drei Erneuerbare Energien-Wärmesparten (Solar, Bio, Geo) hat. Seiner Meinung nach sollte das Förderbudget für Wärme aus erneuerbaren Energien von derzeit rund 200 Millionen auf 1 Milliarde Euro in den nächsten Jahren aufgestockt werden. Die gesetzliche Absicherung durch eine Initiierung des Wärmegegesetzes sollte noch im Jahr 2007 geschehen.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie und Umwelttechnik – BDH, Andreas Lücke, stellte dar, dass am Gebäudebestand rund 30 % Energie und CO₂ eingespart werden könnten, wenn der Anteil an Brennwertkesseln in Kombination mit solarthermischen Anlagen, der Einsatz erneuerbarer Energien sowie die Potenzialausnutzung bei der Modernisierung der Gebäudehülle verdoppelt werden würden. Dazu müssten bis zu 20 % Biogas in das Erdgasnetz eingespeist und bis zu 10 % Bioöl zum Heizöl beigemischt werden. Um die Einsparziele zu erreichen setze sich der BDH für Steuerabschreibungen auf Effizienzgewinne und erneuerbare Energien und außerdem für ein Wärmegegesetz ein. Dass Wärmegegesetz sollte in Form eines verrechteten Marktanzreizprogramms bei Etablierung eines Rechtsanspruchs auf die Förderung ausgestaltet werden. Die Mittel sollten damit auf 350 Millionen Euro aufgestockt werden.

Auch der Deutsche Mieterbund, vertreten durch seinen Präsidenten Dr. Franz-Georg Rips, forderte den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien für die Raumwärme. Verschiedene Maßnahmen werden als geeignet betrachtet. Unter anderem die verpflichtende Nutzung regenerativer Energien bei Neubauten und umfassender Änderung von Gebäuden über die Energieeinsparverordnung, einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für regenerative Energienutzung sowie die Verabschiedung eines Wärmegegesetzes zur Förderung der erneuerbaren Energien durch Belastung herkömmlicher Energieträger. Im Wärmegegesetz oder mit Hilfe anderer rechtlicher Regelungen sei sicherzustellen, dass die Mehrbelastung aufgrund der höheren Energiepreise herkömmlicher Energieträger durch einen geringeren Energieverbrauch kompensiert würde, um möglichst eine Warmmietenneutralität zu gewährleisten. Eine Mehrbelastung für einkommensschwache Haushalte sei zu vermeiden.

In der Diskussion der Abgeordneten des Deutschen Bundestages setzte sich Dr. Axel Berg als Vertreter der SPD für eine haushaltsunabhängige Förderung und einen Ausbau des Marktanzreizprogramms sowie ein Nutzungsgebot für öffentliche Gebäude ein. Für diesen ordnungsrechtlichen Ansatz plädierte

auch Hans-Josell Fell von der Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN. Michael Kauch, Abgeordneter der FDB sprach sich für eine Wärmezertifikatepolitik aus, bei der die „Inverkehrbringer“ von fossilen Brennstoffen Wärmezertifikate nachweisen müssen. Vertreter der Union sowie der Linkspartei nahmen leider nicht an der Podiumsdiskussion teil.

Die Präsentationen der Arbeitskreis-Sitzung stehen zum Download für Sie bereit. [>>weiter](#)

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Im Rahmen des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet die Auseinandersetzung mit aktuellen energiepolitischen Themen im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen statt.

Kontakt:

Katja Freitag -
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de